

ESSAY II Im vergangenen Sommer wurde das PEPP genannte Altersvorsorgeprodukt (Pan European Pension Product) vorgestellt. Eine gute, aber wieder gefährdete Initiative

PEPP darf nicht scheitern



GERALD PRIOR

**Vorstand
bei Cofinpro**

Der Autor studierte Wirtschaftsmathematik und ist seit 1991 als Unternehmer und Berater für Banken und Kapitalverwaltungsgesellschaften in Deutschland aktiv. Im Jahr 2007 gründete er gemeinsam mit Kollegen das Beratungsunternehmen Cofinpro, das Banken und Kapitalverwaltungsgesellschaften bei der Digitalisierung, Regulierung sowie der Verbesserung von Geschäftsprozessen unterstützt und begleitet.

Da hatte die EU-Kommission eine richtig spannende Idee: Ein einfaches und innovatives Altersvorsorgeprodukt für alle Bürger in Europa mit EU-weit einheitlichen Merkmalen, Kundeninformationspflichten und Vertriebsvorschriften – kurz PEPP genannt. Es soll die Säule der privaten Vorsorge stärken und gleichzeitig einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt entstehen lassen.

Der Bedarf für ein solches Produkt ist groß. In Europa sparen nur wenige Bürger für das Alter. Nur jeder Vierte zwischen 25 und 59 Jahren innerhalb der EU hat eine private Vorsorge abgeschlossen. Immer mehr Menschen droht damit im Alter die Armut. Mit verheerenden Konsequenzen für die europäischen Volkswirtschaften: Während derzeit noch vier Erwerbstätige auf einen Rentner kommen, wird sich dieses Verhältnis binnen der nächsten Jahrzehnte auf zwei zu eins halbiert haben.

Zwar steht Deutschland noch vergleichsweise gut da, mit einem hochentwickelten Markt für die Altersvorsorge aus staatlicher, betrieblicher sowie privater Säule und – verglichen mit anderen Ländern in Europa – einer hohen Quote an Bürgern, die für das Alter sparen. Doch in den meisten Staaten weisen die nationalen Altersvorsorgeprodukte eine wesentlich geringere Marktdurchdringung auf. PEPP ist als Ergänzung zu den bestehenden nationalen Produkten geplant. Es soll diese nicht ersetzen. Die EU-Kommission möchte insbesondere kostengünstige, digitale Onlineprodukte fördern.

Nicht nur für die Bürger ein attraktives Produkt, sondern ebenso für deutsche Finanzdienstleister. Neben Versicherungen könnten auch Banken und Kapitalverwaltungsgesellschaften aktiv werden. Die Institute bräuchten nur einen Robo-Advisor mit ihrem PEPP-Produkt in andere Sprachen übersetzen und könnten ihn dann auf einen Schlag 500 Millionen Menschen in der Europäischen Union statt lediglich 80 Millionen Deutschen anbieten.

Und um noch einmal auf die potenziellen Kunden zu blicken: Besonders vorteilhaft ist PEPP auch für die wachsende Zahl von EU-Bürgern, die ihren Lebenssitz in ein anderes Mitgliedsland

verlagern wollen. Wenn ein deutscher Arbeitnehmer heute beispielsweise nach Frankreich oder Spanien umzieht, hat es sich für ihn ausgeriestert, er muss dort neue Verträge nach nationalem Recht abschließen.

Der Plan der EU-Kommission klingt vor diesem Hintergrund zwar interessant, er ist aber bürokratisch aufgesetzt und zudem bisher nicht zu Ende gedacht. Unter Experten wird über die Produktdetails diskutiert, umstritten sind beispielsweise die geplante Kapitalgarantie und die Wechselmöglichkeit alle fünf Jahre. Skeptisch zeigt sich auch der deutsche Bundesrat: Hierzulande gebe es bereits heute eher zu viele als zu wenige Angebote, PEPP würde die Komplexität im Bereich der zusätzlichen Altersvorsorge weiter erhöhen.

Nationale Interessen bremsen das Gemeinschaftsprojekt

Die größte Hürde stellen allerdings sozialpolitische und vor allem steuerliche Regelungen dar. Jeder der (noch) 28 Mitgliedsstaaten der EU besteuert und fördert Altersvorsorgeprodukte anders. Es ist zu befürchten, dass es wenig Bereitschaft geben wird, die nationalen Regelungen aufzuweichen und zu einer Harmonisierung in diesem Bereich zu kommen. Für die Anbieter von Altersvorsorgeprodukten würde das bedeuten: Sie müssten das Steuerrecht in jedem Mitgliedsland der EU genauestens kennen, um PEPP anbieten zu können. Denn Rosinenpicken geht nicht: Wer dabei sein will, muss sein PEPP-Produkt in allen Ländern verfügbar machen, spätestens nach drei Jahren.

Leider drohen die PEPP-Pläne von unterschiedlichen Steuerrechten und nationalen Interessen so zerfleddert zu werden, dass sie gleich wieder in die Schublade gelegt werden. Doch noch ist PEPP nicht tot. Zu wünschen wäre den Plänen eine deutlich größere Aufmerksamkeit von allen Seiten (auch von den Banken). Im Gegensatz zu Projekten mit ähnlicher Tragweite wird leider viel zu wenig über PEPP gesprochen: über die Chancen und über die Möglichkeiten, es doch so zu gestalten, dass alle EU-Bürger künftig flexibler und transparenter für das Alter vorsorgen können.